

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSP (dort beschlossen am: 09.02.2026)

Titel: Femizide anerkennen, Prävention stärken

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen,

- 2 1. dass der Begriff „Femizid“ als vorsätzliche Tötung von Frauen und Mädchen
3 aufgrund ihres Geschlechts als eigenständige Kategorie
4 geschlechtsspezifischer Gewalt rechtlich definiert, in der nationalen
5 Gesetzgebung verankert und systematisch in der polizeilichen,
6 Kriminalstatistik gesondert erfasst wird wird.
- 7 2. dass bestehende Präventions-, Interventions- und Schutzmaßnahmen für
8 Frauen und Mädchen, insbesondere bei häuslicher und partnerschaftlicher
9 Gewalt, bedarfsgerecht ausgebaut, dauerhaft finanziell abgesichert und
10 verstetigt werden.
- 11 3. dass die finanzielle und personelle Unterstützung von Frauenhäusern,
12 Notruf- und Beratungsstellen sowie spezialisierten Gewaltschutz- und
13 Interventionsprojekten deutlich erhöht wird, um flächendeckende
14 Erreichbarkeit, Barrierefreiheit und ausreichende Schutzplätze
15 sicherzustellen.
- 16 4. dass Polizei, Justiz, Gesundheits- und Sozialpersonal verpflichtend und
17 regelmäßig im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt, Risikofaktoren,
18 Opferschutz, Täter Dynamiken und deren Frühwarnsignale regelmäßig

19 fortgebildet werden.

20 5. dass eine bundesweit koordinierte, mehrjährige Informations- und
21 Sensibilisierungskampagne unter Einbindung von Bildungseinrichtungen
22 initiiert wird, um gesellschaftlich über Ursachen, Formen und Prävention
23 von Femiziden aufzuklären.